

Konvent fordert Ende des Länderfinanzausgleichs

Alt-Bundespräsident Herzog sieht einmalige Chance für Föderalismusreform

Berlin (dpa) Ein Jahr nach Inkrafttreten des ersten Teils der Föderalismusreform hat der Konvent für Deutschland am Alt-Bundespräsident Roman Herzog, Bund und Länder dazu aufgerufen, mit dem anstehenden zweiten Teil grundlegende Veränderungen durchzusetzen. In einem gestern in Berlin vorgelesenen 13-Punkte-Papier fordert das Gremium unter anderem, den derzeitigen Länderfinanzausgleich abzuschaffen und durch Bundeszuweisungen zu ersetzen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) warb dagegen für die weitere Unterstützung schwächerer Bundesländer durch starke. Das SPD-

Vorstandsmitglied Christoph Matschie kritisierte die bisherigen Reformschritte. Der erste Teil der Föderalismusreform war am 1. September 2006 in Kraft getreten. Im Kern beschränkt er die Mitspracherechte des Bundesrates und räumt den Ländern im Gegenzug mehr Kompetenzen ein. Seit März berät eine Bund-Länder-Kommission über eine Föderalismusreform II zur Entdechtung der komplizierten Finanzströme zwischen Bund und Ländern. Die Verhandlungen sollen in zwei Wochen fortgesetzt werden.

Der 14-köpfige „Konvent für Deutsch-

land“, der sich als überparteiliches Beratungskomitee versteht, fordert neben der Abschaffung des Finanzausgleichs auch Verschuldungsverbote für Bund und Länder. Ferner sollten die Länder die Gesetzgebungskompetenz für alle Souveränen Entscheidungen übernehmen. Herzog als Vorsitzender des Konvents mahnte zur Eile. Die große Koalition bleibe die „fast einmalige Chance“ für eine verfassungsändernde Mehrheit. Ex-Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) ergänzte: „Wir haben die große Sorge, dass sich die politische Diskussion auf den Einbau ei-

ner Verschuldungsbremse beschränkt.“ Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer mahnte in Berlin aber auch an, gleichwichtige Lebensverhältnisse sollten bei der Reform oberste Priorität haben. Ein Unterbietungswettbewerb um die niedrigsten Sozialstandards schade den Bürgern.

Matschie zog eine negative Bilanz des ersten Reformteils. „Ein Jahr nach Inkrafttreten sind keine Vorteile zu erkennen. Die Nachteile treten dagegen deutlich zu Tage“, sagte der Thüringer SPD-Vorsitzende. Vor allem in der Bildungspolitik, aber auch im Umweltbereich fehlten

„bandesweit einheitliche Standards. Geblieben ist ein Flickenteppich, der wenig Sinn macht.“

Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) verteidigte dagegen die Regelungen. „Dabei hat der Föderalismus in Deutschland nach langen Jahren wieder seine Handlungsfähigkeit bewiesen.“ Schwierigkeiten sieht er bei der Föderalismusreform II. „Ziel muss eigentlich eine Finanzreform sein, die den Ländern auch eine eigene Steuererhebung erlaubt. Aber dafür sind die wirtschaftlichen Voraussetzungen noch zu unterschiedlich.“